

Medienmitteilung vom 21. August 2014

Voranschlag 2015 und Aufgaben-/Finanzplan 2016-2018 Nun braucht der Kanton Bern zukunftsfähige Investitionen

Die Grünen nehmen mit Beruhigung zur Kenntnis, dass der Kanton Bern neben einem prognostizierten positiven Rechnungsabschluss 2014 auch für 2015 und die kommenden Jahren mit Ertragsüberschüssen rechnet. Die drastischen Abbaumassnahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) hinterlassen einen bitteren Nachgeschmack und waren zumindest in dieser Grössenordnung offensichtlich nicht nötig. Für die Grünen ist klar, dass der vorhandene Spielraum prioritär für Zukunftsprojekte zugunsten der Entwicklung des Kantons genutzt werden soll und kein Spielraum für Steuersenkungen besteht. Die Grünen erwarten, dass die bürgerlichen Parteien die in der ASP eingeplanten einnahmeseitigen Massnahmen (Reduktion Pendlerabzug) nicht torpedieren.

Wie sich bereits mit dem Rechnungsabschluss 2013 angekündigt hat, sind die Berner Kantonsfinanzen solider als kommuniziert. Es ist erfreulich, dass der Voranschlag 2015 mit schwarzen Zahlen und einem Ertragsüberschuss von 119 Millionen Franken budgetiert. Auch für die Folgejahre sind zwei- bis dreistellige Ertragsüberschüsse vorgesehen. Dies ist umso bemerkenswerter, als für 2015 auf die Gewinnausschüttung der Nationalbank von 82 Millionen verzichtet werden muss und im Bereich der Alters- und Langzeitpflege Mehrbelastungen notwendig sind. Das konjunkturelle Umfeld ist erfreulich und führt zu relevanten Mehrerträgen bei den Steuern (Mehrerträge 2015 von 142 Millionen). Beunruhigend und zu wenig berücksichtigt sind indessen die Folgekosten des ASP-Abbaupakets: So sind im Voranschlag 2015 die Kostenverschiebungen in die Sozialhilfe, die durch den massiven Abbau bei den Prämienverbilligungen verursacht werden, nur ungenügend berücksichtigt. Die Grünen fordern, dass der Kanton Bern weiterhin Personen und insbesondere Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen durch Prämienverbilligungen entlastet.

Mit Besorgnis beobachten die Grünen, dass bei den ordentlichen Investitionen erstmals die „magische Grenze“ von 500 Millionen Franken unterschritten wird und damit weniger Ressourcen zu Verfügung stehen. Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass neben den Zukunftsprojekten wie dem Campus Biel oder dem Tram Region Bern genügend Ressourcen für weitere nachhaltige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (Bildung, öffentlicher Verkehr) zur Verfügung stehen. Angesichts der demographischen Entwicklung braucht es dringend Investitionen in die Familienfreundlichkeit des Kantons. Damit der Kanton Bern für Familien ein attraktiver Wohnkanton ist, braucht es genügend verfügbaren und bezahlbaren Wohnraum und qualitativ gute familienergänzende Betreuungsangebote.

Dank dem neuen Lehreranstellungs- und Personalgesetz sind für alle vier Planjahre 1,5 Prozent individueller Gehaltsaufstieg vorgesehen. Dies ist einerseits positiv, aber angesichts des grossen und anerkannten Nachholbedarfs ein absolutes Minimum. Zusammen mit dem prognostizierten Teuerungsausgleich von 0,3 Prozent stehen insge-

samt 1,8 Prozent der Lohnsumme für Lohnmassnahmen zur Verfügung. Zu begrüssen ist der Entscheid, mit der Verbesserung des Vaterschafts- und Adoptionsurlaubs auf zwei Wochen ein familienpolitisches Signal zu setzen. Dies ist angesichts des Konkurrenzumfelds eine wichtige Massnahme zur Gewährleistung der Attraktivität der Kantonsverwaltung als Arbeitgeberin.

Für weitere Auskünfte:

Natalie Imboden, Grossrätin, Mitglied Finanzkommission, 079 706 62 84